

MATTHIAS SCHNETTGER

Die Mainzer Republik im Diskurs der Wissenschaft und als Spiegel der jüngeren Geschichtskultur

enige Ereignisse der Mainzer Geschichte wurden in der Geschichtswissenschaft und in einer breiteren Öffentlichkeit so unterschiedlich, ja gegensätzlich bewertet wie die Mainzer Republik. Während innerhalb des geschichtswissenschaftlichen Diskurses die Zeit der emotional und ideologisch aufgeladenen Debatten vorbei zu sein scheint und sich weitgehend eine differenzierte Bewertung der Ereignisse von 1792/93 durchgesetzt hat, vermag die Mainzer Republik im lokalen öffentlichen Diskurs immer noch als Stein des Anstoßes zu wirken.

Dieser Beitrag skizziert, wie sich das Bild der Mainzer Republik im wissenschaftlichen Diskurs und in der jüngeren Geschichtskultur in den letzten Jahrzehnten veränderte. Der Anspruch kann hierbei nicht sein, diese Rezeptionsgeschichte in allen ihren Verästelungen darzustellen, sondern es geht darum, wesentliche Konturen nachzuzeichnen und den gegenwärtigen Diskussionsstand in Forschung und Öffentlichkeit zu umreißen. Um dieses Ziel zu erreichen, kann auf eine Reihe von Veröffentlichungen der letzten Jahre und Jahrzehnte zurückgegriffen werden.¹ Der erste Teil des Beitrags legt dar, warum die Mainzer Republik bis weit ins 20. Jahrhundert als ein Schandfleck der Mainzer Geschichte galt. Der zweite Teil verfolgt die Wiederentdeckung der Mainzer Republik durch die Geschichtswissenschaft seit der Mitte des 20. Jahrhunderts, schildert die

Konflikte, die sich an ihr entzündeten und resümiert den aktuellen Forschungsstand. Der dritte Abschnitt schließlich ist der jüngeren lokalen Geschichtskultur gewidmet. Der Beitrag schließt mit einem thesenartigen Fazit.

Das 19. und frühe 20. Jahrhundert: Die Mainzer Republik als „weißer Fleck“ in der (Mainzer) Geschichte

In der national und monarchisch-machtstaatlich orientierten Historiographie des 19. und 20. Jahrhunderts war die Mainzer Republik in doppelter Hinsicht negativ belastet. Denn sie stand nicht nur für einen der gescheiterten Versuche des französischen „Erbfeinds“, sich der linksrheinischen deutschen Länder zu bemächtigen, sondern sie verkörperte darüber hinaus suspektes politisches Gedankengut. Hinzu kam, dass die Mainzer Revolutionäre zu den „Verlierern“ der Geschichte gehörten, die üblicherweise eine geringere Aufmerksamkeit genießen als die „Sieger“. Zudem waren die leicht verfügbaren Quellen durch die Sicht der Sieger von 1793 geprägt, während etwa Georg Forsters (Abb. 1) „Darstellung der Revolution in Mainz“ ein Torso blieb und erst 1843, mit fünfzigjähriger Verspätung, in seinen Gesammelten Schriften veröffentlicht wurde.²

In den „Deutschen Geschichten“ des 19. und frühen 20. Jahrhunderts taucht die Mainzer Republik nur am Rande auf und wird dann extrem negativ gezeichnet. Beispielhaft sei hier ein Abschnitt aus Heinrich von Treitsch-

kes „Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert“ zitiert:

„Ein französisches Freicorps unter unfähigem Führer drang in einem tollen Abenteuerzuge an der Flanke des preußischen Heeres vorbei bis gegen Mainz; die erste Festung Deutschlands öffnete ohne Widerstand ihre Thore. Die Herrlichkeit der rheinischen Kleinstaaterei brach wie ein Kartenhaus zusammen; Fürsten und Bischöfe stoben in wilder Flucht auseinander. [...] Das willenlose Volk der geistlichen Lande ließ sich von einer Handvoll lärmender Feuerköpfe das Possenspiel einer rheinischen Republik vorführen, sprach in ehrfürchtiger Scheu alle Kraftworte der Pariser Völkerbeglucker nach, obgleich ‚das Phlegma, das uns die Natur auferlegt hat, uns nur erlaubt die Franzosen zu bewundern‘; an dem Anblick dieses Zerrbildes der Freiheit ist dem geist-

reichsten der rheinischen Enthusiasten, Georg Forster, das unstete Herz gebrochen.“³

Der konservative Berliner Historiker Treitschke (Abb. 2), der u. a. durch seine unrühmliche Rolle im „Berliner Antisemitismus-Streit“ („Die Juden sind unser Unglück!“) hervorgetreten war, zeichnet die Anhänger der Mainzer Republik als irregeleitet, als naiv, ja, geradezu als Narren, weniger als Verräter.⁴ Mit anderen Worten: Sie waren letztlich irrelevant; es lohnte sich kaum, sich näher mit ihnen zu beschäftigen.



Abb. 1: Georg Forster (1754–1794), Vizepräsident des Rheinisch-Deutschen Nationalkonvents.

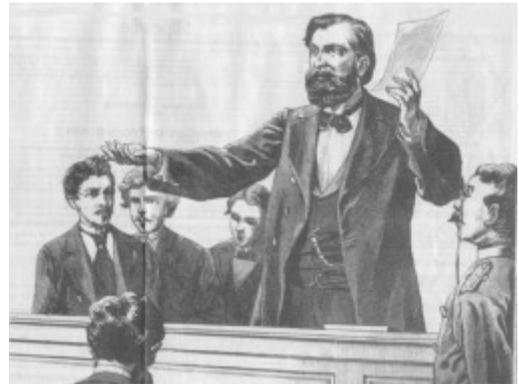


Abb. 2: Heinrich von Treitschke (1834–1896).

Selbst für deutsche Demokraten war die Mainzer Republik ein schwieriger Erinnerungsort, nicht nur wegen ihrer Abhängigkeit von Frankreich, sondern auch weil sie dem Beginn der radikalsten Phase der Französischen Revolution zuzuordnen war. Weder die damit verknüpften egalitären Tendenzen noch die Entwicklung hin zur *terreur* waren für deutsche Liberale attraktiv.

Einer jener Autoren, die zwar prodemokratisch orientiert waren, jedoch zugleich in nationalen Kategorien dachten, war der geborene Mainzer Ludwig Bamberg (Abb. 3), ein liberaler Politiker, der sich während der Revolution von 1848/49 so sehr exponierte, dass

er anschließend ins Exil gehen musste. 1861 verurteilte er die „Französelei“ der Mainzer unzweideutig, entschuldigte sie aber mit der Repression der deutschen Regierungen, die sie den Franzosen in die Arme getrieben hätten – der Bezug zu seiner eigenen Gegenwart ist offenkundig.⁵



Abb. 3: Ludwig Bamberger (1823–1899).

Die Mainzer Lokalgeschichtsschreibung setzte sich intensiver als die allgemeine deutsche Geschichtswissenschaft mit den Ereignissen von 1792/93 auseinander, allerdings ebenfalls ganz überwiegend in abgrenzender Weise. Durch die Distanzierung von diesem „Schandfleck“ der Mainzer Geschichte galt es zu betonen, dass das gegenwärtige Mainz ganz anderen Prinzipien verpflichtet sei. Bezeichnend ist die heftige Abwehrreaktion, die 1862 der niederländische Physiologe Jakob

Moleschott hervorrief, als er anlässlich der Enthüllung des Mainzer Schillerdenkmals anregte, auch Georg Forster ein Denkmal zu errichten. Er entfachte nicht nur einen Sturm der Entrüstung in der lokalen Presse, sondern provozierte auch historische Abhandlungen wie die des Gymnasiallehrers Karl Klein, der sich in „Georg Forster in Mainz“ aufs schärfste von Forster distanzierte: „Das Vaterland speit diesen entartetsten aller seiner Söhne aus; jeder Deutsche soll es sich zur Pflicht machen, ihn nie mehr zu nennen, damit sein Verbrechen am Vaterland mit ihm in Vergessenheit gerate.“⁶ Das lief auf die Verhängung einer *damnatio memoriae* über die Mainzer Republik hinaus.

Auch nach dem Ersten Weltkrieg standen die Zeichen für eine freundlichere Würdigung der Mainzer Republikaner schlecht. Zwar wurde 1918/19 mit der Weimarer Republik die erste moderne Republik in Deutschland gegründet, die zumindest mittelfristigen Bestand hatte, und demokratische Vorstellungen erfreuten sich nun zumindest in Teilen der Gesellschaft eines höheren Ansehens als zuvor. Doch angesichts der französischen Rheinlandbesetzung und separatistischer Tendenzen in den linksrheinischen Gebieten verbot sich für staatstragende deutsche Demokraten eine Berufung auf die Ereignisse von 1792/93 geradezu. Vereinzelt positive Würdigungen kamen von weit links. So stammt eine bedeutende Studie zu Georg Forster aus der Feder des sozialistischen Historikers und Schriftstellers Kurt Kersten. Er erteilte früheren Versuchen, Forsters Ehre zu retten, indem man ihn zu einem verführten, im Grunde aber unpolitischen Gelehrten erklärte, eine Absage und postulierte im Gegenteil: „Forster war kein Opfer der Revolution, sondern ihr Träger.“⁷ Damit deutete sich eine Linie der positiven Rezeption der Mainzer Republik an, die das Revolutionäre

an den Ereignissen von 1792/93 betonte. Sie sollte nach dem Zweiten Weltkrieg sehr wichtig werden.

Während der Herrschaft des Nationalsozialismus blieb die Mainzer Republik in der deutschen Geschichtswissenschaft marginalisiert. Auch als demokratisches Experiment besaß sie in dieser Zeit keinerlei positives erinnerungspolitisches Potenzial.

Man kann also festhalten, dass die Mainzer Republik im 19. und frühen 20. Jahrhundert in der deutschen Geschichtswissenschaft wie in der Mainzer Erinnerungskultur durchgängig eine negativ besetzte Episode war. Es gab zwar vereinzelte Äußerungen, die sich durch eine differenziertere Sicht vom Chor der verurteilenden Stimmen abhoben und von denen einige auf eine Exkulpation Georg Forsters abzielten – der immerhin kaum bestreitbar ein bedeutender Gelehrter war. Insgesamt aber war der Tenor eindeutig: Die Monate vom Herbst 1792 bis zum Sommer 1793 waren eine Episode der Mainzer Geschichte, über die man am besten mit Stillschweigen hinwegging oder von der man sich eindeutig distanzierte.

Vom Historikerstreit zum differenzierten wissenschaftlichen Urteil

Nach dem Zweiten Weltkrieg änderten sich die Parameter für die Beurteilung der Mainzer Republik grundsätzlich. Im Westen wie im Osten Deutschlands wurden Republiken geschaffen, die für sich in Anspruch nahmen, demokratisch zu sein. Demokratische Traditionen in der deutschen Vergangenheit erhielten infolgedessen eine deutlich größere Aufmerksamkeit durch die Geschichtswissenschaft in beiden Teilen Deutschlands.

Mit der deutsch-französischen Versöhnung war zugleich ein Hindernis weggefallen, das

noch in der Weimarer Zeit einer positiven Sicht auf die Mainzer Republik im Weg gestanden hatte. Gerade in Mainz wurde die deutsch-französische Versöhnung groß geschrieben. Hingewiesen sei auf die Wiedergründung der Mainzer Universität, deren Vorgängerin infolge der Französischen Revolutionskriege eingegangen war, im Jahr 1946 und die Neugründung des Mainzer Instituts für Europäische Geschichte im Jahr 1950, beide unter der Ägide des Leiters der Kultur- und Erziehungsabteilung der französischen Militärregierung Raymond Schmittlein.⁸ Umso bemerkenswerter ist, dass die Mainzer Republik in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft allgemein und bei ihren Mainzer Vertretern im Besonderen nach wie vor ein randständiges Thema blieb.

Kennzeichnend für die verbreitete Geringschätzung der Mainzer Republik ist ihre andauernde Vernachlässigung in den gängigen Handbüchern der deutschen Geschichte. In der 8./9. Auflage des „Gebhardt“ erwähnte Max Braubach die Mainzer Republik als solche mit keinem Wort, sondern schilderte die Ereignisse wie folgt:

„Vom Elsaß marschierte der französische General Custine (Abb. 4) in die Pfalz ein, bemächtigte sich der Städte Speyer und Worms und erschien vor Mainz. Da die Behörden, erschreckt auch durch das Auftreten von Revolutionsideen innerhalb der Bevölkerung, sich zu energischen Abwehrmaßnahmen nicht aufzuraffen vermochten, erfolgte am 21. Oktober die Kapitulation der den Mittelrhein beherrschenden Residenz des Reichserzkanzlers, in der unter französischem Schutz ein Klub deutscher Freiheitsfreunde sich in den Dienst der revolutionären Propaganda stellte, ohne freilich bei dem Versuch, das Land zwischen Landau und Bingen aus dem Verband des Reiches zu reißen, wirklichen Widerhall zu finden.“⁹ Die Mainzer Republik, die, wie gesagt,

als solche keiner Erwähnung gewürdigt wird, erscheint als eine Marginalie, ja geradezu als Kuriosität. Und noch 1980 skizzierte der Direktor des Mainzer Instituts für Europäische Geschichte Karl Otmar von Aretin die Mainzer Republik als „Spuk“.¹⁰



Abb. 4: Adam-Philippe de Custine (1740–1793), General und Befehlshaber der französischen Revolutionstruppen, die am 21. Oktober 1792 Mainz einnahmen.

Diese Vernachlässigung hing, neben der Beharrungskraft der alten Deutungen, zugleich mit der grundlegenden Neubewertung der deutschen Frühen Neuzeit durch die historische Forschung nach 1945 zusammen, namentlich mit der Aufwertung des Alten Reiches und seiner Institutionen.¹¹ Während man im Reichstag, in landständischen und reichsstädtischen Verfassungen, in der Tätigkeit der Reichsgerichte

etc. relevante Elemente einer Geschichte von Freiheit und Parlamentarismus in Deutschland suchte und fand, blieb die Mainzer Republik in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft marginalisiert. Dass die Jakobiner die nun viel positiver als früher bewertete politisch-soziale Ordnung des Alten Reichs erschütterten hatten, machte sie aus der Sicht von Reichshistorikern nicht eben zu positiv besetzten Akteuren.¹²

Vor allem aber wurde die Mainzer Republik aus der Sicht westdeutscher bürgerlicher Historiker deswegen diskreditiert, weil die Geschichtswissenschaft der DDR eine ausgesprochene Vorliebe für die deutschen Jakobiner entwickelte und sie als Protagonisten nicht nur einer bürgerlichen, sondern teilweise sogar als Vorläufer einer proletarischen Revolution präsentierte. Der bedeutendste Spezialist für die Mainzer Republik in der DDR war kein geringerer als der Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften der DDR (seit 1972) und Präsident der Historiker-Gesellschaft der DDR (seit 1980), Heinrich Scheel, der sich seit



Abb. 5: Heinrich Scheel (1915–1996).

seiner Dissertation 1956 als führender Jakobiner-Forscher einen Namen gemacht hatte. In den 1980er-Jahren legte er Editionen der Protokolle des Mainzer Jakobinerklubs sowie des Rheinisch-Deutschen Nationalkonvents vor.¹³

1989 veröffentlichte Scheel (Abb. 5) – ebenso wie die Quelleneditionen in der Reihe der Schriften des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR – eine im Wesentlichen aus verschiedenen früheren Aufsätzen zusammengestellte Monografie zur Mainzer Republik. Diese Publikation war nicht nur eine Quintessenz von Scheels eigenen Forschungen, sondern sie kann aufgrund der Stellung ihres Autors wie auch ihres Erscheinungsorts als offiziöse Position der DDR-Historiografie zur Mainzer Republik betrachtet werden – aufgrund des Erscheinungstermins wenige Monate vor dem Ende der DDR waren es gleichzeitig sozusagen ihre letzten Worte.¹⁴

Heinrich Scheel war zweifellos ein exzellenter Kenner der Quellen der Mainzer Republik und machte sich zu einem Zeitpunkt um ihre Erschließung verdient, als die westdeutsche Geschichtswissenschaft sie noch weitestgehend vernachlässigte. Seine Interpretationen der Mainzer Republik sind jedoch massiv ideologisch geprägt. Kennzeichnend sind die letzten Sätze des Bands von 1989. Bezogen auf die Einstellung Friedrich Engels zur Mainzer Republik, aber durchaus auch mit Blick auf seine eigene Gegenwart würdigt Scheel „[u]ngeachtet des durchaus andersartigen Klassencharakters [die] revolutionären Kämpfe“ 1792/93, „denn sie waren geeignet, ein revolutionäres Traditionsbewußtsein in der Arbeiterbewegung zu entwickeln, deren historische Mission in einer zwar keineswegs gleichen, aber durchaus vergleichbaren Umwälzung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse bestand. Hinzu kam die spezifische Fähigkeit der Arbeiter-

klasse, historische Illusionen der bürgerlichen Revolutionäre als intellektuelle Vorleistungen nicht nur zu würdigen, sondern sie [...] mit dem Ziel aufzugreifen, sie in Realitäten zu verwandeln.“¹⁵ Die Mainzer Jakobiner galten Scheel und der DDR-Historiografie also nicht nur als Protagonisten der bürgerlichen Revolution, sondern als geistige Vorfahren der proletarischen Revolution.

Im selben Band polemisiert Scheel gegen die bundesdeutsche Forschung und nimmt in diesem Zusammenhang auch den Mainzer Professor Hermann Weber und seinen „Famulus“ Franz Dumont (Abb. 6) aufs Korn, dem er zwar „fleißige Sammeltätigkeit bis ins kleinste Detail“ bescheinigt, zugleich jedoch seinen „Mangel an historischem Sinn“ rügt. Immerhin steht ihm Dumont für eine Richtung der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft, bei der die „konterrevolutionäre Verteufelung“ allmählich zurücktrete.¹⁶

In der Tat markiert die Dissertation Franz Dumonts zur Mainzer Republik von 1978,



Abb. 6: Franz Dumont (1945–2012).

die erstmals 1982 und dann 1992/93 in einer erweiterten Neuauflage publiziert wurde, einen Quantensprung in der Erforschung der Ereignisse von 1792/93. Bis dahin waren von Mainzer Historikern nur wenige Impulse zur Erforschung der Mainzer Republik ausgegangen. Eine wichtige Ausnahme waren die Forschungen des Spezialisten für Mainzer Stadt- und Universitätsgeschichte Helmut Mathy, der eine Reihe von Biografien Mainzer Jakobiner vorgelegt hat. Zwar war sein Forschungsinteresse ursprünglich nicht primär auf die Mainzer Republik gerichtet, jedoch kam diese sozusagen indirekt ins Spiel, weil einige Professoren der Mainzer Universität eine führende Rolle im Jakobinerklub eingenommen hatten. Unbestreitbar war er jedoch vor Franz Dumont unter den Mainzer Historikern derjenige, der am meisten zur Erforschung der Mainzer Republik beigetragen hatte.¹⁷

Franz Dumont stellte ausdrücklich die Mainzer Republik selbst ins Zentrum seiner Dissertation. Seine quellengesättigte Studie gelangte zu einem bis dahin unerreicht differenzierten Urteil, indem Dumont die Voraussetzungen und Kontexte der Ereignisse von 1792/93 angemessen würdigte, die Beweggründe der Mainzer Jakobiner herausarbeitete, aber auch die Widersprüche zwischen Ansprüchen und Realitäten, insbesondere die gegen Gegner der Revolution ausgeübte Gewalt und die geringe gesellschaftliche Basis der kurzlebigen Republik nicht verschwiegen. Schon im Titel seines Buches – „Studien zur Revolutionierung in Rhein Hessen und der Pfalz“ – brachte er zum Ausdruck, dass in Mainz keine eigenständige Revolution, sondern eine Revolutionierung von außen erfolgt sei¹⁸ – ein wesentlicher Unterschied zu Scheel. Für diesen war vor seinem ideologischen Hintergrund entscheidend, dass es sich bei den Mainzer Vorgängen um eine Revolution im Sinne des Historischen Materialismus handelte.

Wichtig für das differenzierte Urteil Dumonts ist die von ihm hervorgehobene Phaseneinteilung der Ereignisse von 1792/93: Auf eine von einem französischen Befreiungsangebot und einer die Bevölkerung schonenden Besatzungspraxis geprägte Phase, die von Oktober bis Mitte Dezember 1792 andauerte, folgte um die Jahreswende 1792/93 eine zweite Phase, die „in vielem das Gegenteil der ersten“ darstellte und durch einen „Zwang zur Freiheit“, durch eine zunehmend „ideologische Konfrontation“ und durch den Verlust der Kompromissfähigkeit charakterisiert war. Zwar fand die Revolution auf dem Land noch neue Anhänger, insgesamt verlor die jakobinische Bewegung aber an Substanz. Der Klub büßte zudem zugunsten des Rheinisch-Deutschen Nationalkonventes an Bedeutung ein, der seinerseits von französischer Seite zur Legitimierung der eigenen Expansionsbestrebungen genutzt wurde. Die letzte Phase, die von der „Selbstauflösung“ des Konvents und der Einschließung von Mainz bis zur Übergabe der Stadt im Juli 1793 andauerte, stand unter „der Dominanz des Militärischen“ und wird von Dumont als „für eine politische Geschichtsbeurteilung wenig ergiebig“ eingestuft.¹⁹

Differenziert ist auch Dumonts Urteil bezüglich des Demokratiegehalts der Mainzer Republik: „Erklärtes Ziel der Mainzer Jakobiner war die Demokratie, und ihre Staatsauffassung enthielt schon die wichtigsten Elemente moderner Demokratie Modelle. Deshalb sind die rheinischen Jakobiner von 1792/93 als die ersten deutschen Demokraten anzusehen – freilich mehr wegen ihrer Ideen als aufgrund ihres Handelns. In Mainz, Rhein Hessen und der Pfalz gab es damals zwar Ansätze zur Demokratie, doch blieben diese zu vereinzelt, um wirklich demokratische Verhältnisse herbeizuführen. Die Mainzer Republik war vielmehr ein Besatzungsregime mit einigen, allerdings bemerkenswerten, demokratischen Zügen.“²⁰

Alles in allem war die Mainzer Republik für Dumont trotz aller demokratischen Ansätze und Ansprüche also keine echte Demokratie. Anfang der 1980er-Jahre verwahrte er sich auch dagegen, eine „Verbindung von Mainz nach Hambach zu ziehen“, die er „eher als eine im Nachhinein rekonstruierte Tradition und weniger als wirkliche historische Kontinuität“ einstufte.²¹

Ohne die Befunde seiner Dissertation grundsätzlich zu revidieren, modifizierte Dumont sein Urteil in späteren Jahren, und zwar schon in der zweiten, erweiterten Auflage seiner Dissertation von 1992. Insgesamt gelangte er nach und nach zu einer positiveren Sicht auf die Mainzer Republik. Die Quintessenz der Forschungen Dumonts kommt im Titel des 2013 posthum erschienenen Bändchens „Die Mainzer Republik 1792/93. Französischer Revolutionsexport und deutscher Demokratieversuch“ (Hervorhebung M. S.) treffend zum Ausdruck.²² Deutlich unterscheidet sich die Position, die Dumont 2013 zur Bedeutung der Mainzer Republik für die Geschichte der Demokratie in Deutschland einnimmt, von seinen Äußerungen um 1980. So führt er aus, dass die Mainzer Republik als „erster deutscher Demokratieversuch [...] vor allem an mangelnder Akzeptanz und inneren Widersprüchen (Besatzungsherrschaft, Zwangsbefreiung)“ gescheitert sei, hebt jedoch hervor, dass „die 1793 erreichte Politisierung breiter Schichten [...] nicht mehr rückgängig zu machen“ gewesen sei. Eine weitere Kontinuitätslinie erblickt er darin, dass in „der ‚Franzosenzeit‘ (1798–1814) [...] viele Programmpunkte der Mainzer Jakobiner realisiert wurden, allerdings ‚von oben‘. Diese Errungenschaften (u. a. Rechtsgleichheit, Gewerbefreiheit, unabhängige Justiz, Zivilehe) wurden auch in der Zeit der ‚Restauration‘ erfolgreich verteidigt, und die Protagonisten des Hambacher Festes (1832) und der 48er Revolution konnten daran an-

knüpfen“. Gleichwohl erklärt Dumont nunmehr die Diskussion für offen, ob die Mainzer Republik „ein einmaliger ‚Ausrutscher‘ oder ein aufschlussreicher Testfall für die Entwicklung der Demokratie in Deutschland war.“²³

Dumonts Monografie ist und bleibt, insbesondere in der erweiterten Fassung von 1992/93, das Standardwerk zur Mainzer Republik schlechthin. Bei aller Kritik im Einzelnen ist das schon in der Fassung von 1978/82 zu konstatierende differenzierte Urteil Dumonts besonders vor dem Hintergrund des just zur Entstehungszeit seiner Dissertation tobenden Streits um die Deutung der Mainzer Republik, bei dem sein Doktorvater Hermann Weber beteiligt war, zu würdigen.²⁴

Mittlerweile haben die Ergebnisse der Spezialforschung zur Mainzer Republik auch einen Niederschlag in den allgemeinen Handbüchern zur deutschen Geschichte gefunden. Walter Demel widmet den Mainzer Ereignissen in der 10. Auflage des „Gebhardt“ (2005) immerhin etwa eineinhalb Seiten.²⁵ Natürlich sind in den letzten Jahrzehnten außer den Arbeiten Dumonts zahlreiche weitere größere oder kleinere Studien zur Mainzer Republik und ihrem Umfeld erschienen. Wir wissen beispielsweise nun mehr zu einzelnen Akteuren, zur Vorgeschichte, zur Aufklärung in Mainz,²⁶ oder zur revolutionären Kultur.²⁷ Und es gibt nach wie vor kritische Blicke auf die Mainzer Republik, wie den des Publizisten Gustav Seibt.²⁸ Alles in allem ist festzuhalten, dass das Ende der DDR einer ideologisch unbelasteten Erforschung der Mainzer Republik und einem echten wissenschaftlichen Diskurs Vorschub geleistet hat. – Womöglich noch deutlicher nachvollziehbar sind die Auswirkungen der sich verändernden politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im Bereich der Geschichtskultur.

Der Aufstieg der Mainzer Republik zum (umstrittenen) Mainzer Erinnerungsort²⁹

Wenn im Folgenden die Mainzer Republik als Mainzer Erinnerungsort betrachtet wird, knüpfen diese Ausführungen an das Konzept der *Lieux de Mémoire* an, das auf den französischen Historiker Pierre Nora zurückgeht. Die deutsche Geschichtswissenschaft hat das Konzept aufgegriffen und weiterentwickelt. Im Folgenden wird der Begriff des Erinnerungsortes im Sinne von Winfried Schulze und Etienne François verwendet, die ihrer 2001 veröffentlichten dreibändigen Sammlung der deutschen Erinnerungsorte folgende Definition zugrunde gelegt haben: „Es handelt sich um langlebige, Generationen überdauernde Kristallisationspunkte kollektiver Erinnerung und Identität, die in gesellschaftliche, kulturelle und politische Üblichkeiten eingebunden sind und sich in dem Maße verändern, in dem sich die Weise ihrer Wahrnehmung, Aneignung, Anwendung und Übertragung verändert.“³⁰ Ursprünglich auf Nationen bezogen, wird das Konzept der Erinnerungsorte unterdessen auch auf andere Referenzgruppen angewendet, z. B. auf Europa, aber auch auf einzelne Städte.³¹ Die Mainzer Republik ist ein Musterbeispiel für die Wandelbarkeit von Erinnerungsorten, indem sie nach einer langen Phase des Vergessens bzw. der Verdrängung zu einem Mainzer Erinnerungsort geworden bzw. gemacht worden ist.

Im 19. und im größten Teil des 20. Jahrhunderts war die Mainzer Republik sicher kein Mainzer Erinnerungsort. Wie bereits ausgeführt, tat sich die Öffentlichkeit mit der Mainzer Republik schwer. Zwar beschloss 1880/94 eine Mehrheit des Mainzer Stadtrats die Benennung einer Straße und des angrenzenden Platzes in der Mainzer Neustadt nach Georg Forster (Abb. 7). Diese Namensgebung war aber heftig umstritten, und selbst die Befür-



Abb. 7: Straßenschild Forsterstraße.

worter der Ehrung unterstrichen, dass diese nicht dem mit dem Odium des Vaterlandsverrats belegten Politiker, sondern dem Gelehrten Forster gelte. Jedenfalls bedeutete die Benennung nicht, dass Forster zu einem unumstrittenen Mainzer „Erinnerungsort“ geworden wäre.

Bald nach der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur wurden Forsterstraße und -platz in Horst-Wessel-Straße bzw. -Platz umbenannt. Letzterer bekam bald darauf nach einem hessischen Infanterieregiment den Namen 117er-Ehrenhof, den er bis heute trägt. Die Forsterstraße erhielt dagegen 1945 ihren alten Namen zurück.³²

Eine positive Würdigung der Mainzer Republik war damit aber kaum verbunden.³³ Stimmen wie die des Mainzer Professors für Vergleichende Literaturwissenschaft, Friedrich Hirth, der 1947 im Mainzer Kalender Georg Forster und sein Freiheitsstreben vor den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit positiv würdigte,³⁴ blieben noch lange isoliert.

Eine Persönlichkeit, die sich dezidiert für eine Aneignung der Mainzer Republik durch die lokale Erinnerungskultur einsetzte, war der promovierte Historiker, SPD-Politiker und langjährige Mainzer Kulturdezernent

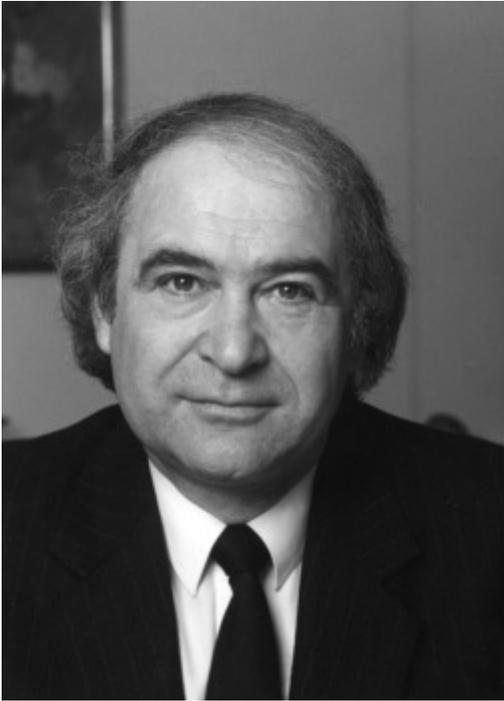


Abb. 8: Anton Maria Keim (1928–2016), Historiker, Publizist und Mainzer Kulturdezernent (1972–1995).

Anton Maria Keim (Abb. 8). Bereits 1967 hatte er sich, damals noch als freier Autor, in der Zeitschrift „Das Neue Mainz“ kritisch mit der bisherigen Rezeptionsgeschichte, auch mit der Besetzung des Themas durch die DDR-Historiographie, auseinandergesetzt.³⁵ War dieser Vorstoß noch ziemlich wirkungslos verpufft, löste ein Artikel Keims, den er 1976, damals schon als Kulturdezernent, in der „Mainzer Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichte, eine lebhaft diskutierte Diskussion aus. Anlass für den Beitrag war das Erscheinen des ersten Bandes von Heinrich Scheels Werk „Die Mainzer Republik“. Keim würdigte einerseits die Leistung Scheels und sparte andererseits nicht mit teilweise polemischer Kritik an der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft im Allgemeinen und den Mainzer Vertretern der Zunft im Besonderen, denen die DDR-Historiografie „ein

wichtiges Thema für das Selbstverständnis der demokratischen Bewegung in Deutschland weggeschnappt“ habe.³⁶ Ausdrücklich berief sich Keim auf die Rede von Bundespräsident Gustav Heinemann, der 1970 bei der „Bremer Schaffermahlzeit“ die Forderung erhoben hatte: „Es ist Zeit, daß ein freiheitlich-demokratisches Deutschland unsere Geschichte bis in die Schulbücher hinein anders schreibt.“³⁷ Genau dies war der Impetus für die Aktivitäten Keims wie auch grundsätzlich für die damals einsetzende positive Rezeption der Ereignisse von 1792/93 in Mainz.

Freilich war um 1980 die Mainzer Republik ein höchst umstrittener Erinnerungsort. Das zeigte sich nicht nur an der Entgegnung des Mainzer Ordinarius und Doktorvaters Franz Dumonts, Hermann Weber³⁸ (Abb. 9), auf die Angriffe



Abb. 9: Hermann Weber (1922–2014), 1968–1987 Ordinarius für Allgemeine und Neuere Geschichte an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Keims, die er als eine unberufene Einmischung der Politik in den wissenschaftlichen Diskurs empfand. Er kritisierte, ebenfalls in durchaus polemischer Form, nicht nur die vergleichsweise positive Besprechung von Scheels Edition, sondern stellte auch die historische Relevanz der Mainzer Republik in Abrede.³⁹ Die Reaktion Heinrich Scheels auf diesen Beitrag, der sich nun seinerseits dazu verstieg, Weber „Geschichtsfälschung“ vorzuwerfen,⁴⁰ dürfte die Abwehrhaltung des konservativ-katholischen Historikers Weber gegen die (vermeintliche) Allianz aus ostdeutschen und westdeutschen Linken noch verstärkt haben. Als Scheel 1978 vom Allgemeinen Studenten Ausschuss (AStA) und dem Fachschaftsrat Geschichte zu einem öffentlichen Vortrag über die Mainzer Republik an die Johannes Gutenberg-Universität eingeladen wurde, kam es zwischen ihm und Weber zum Eklat.⁴¹

Einen weiteren Höhepunkt erlebte die öffentliche Auseinandersetzung um die Mainzer Republik im Jahr 1981. Nicht zuletzt auf Initiative Keims fand damals unter Kooperation des Bundesarchivs und der Stadt Mainz im Mainzer Rathaus eine große Ausstellung zu den „Deutsche[n] Jakobinern“ statt, die neben einem Katalog auch durch ein Handbuch und eine Bibliografie erschlossen wurde. Ausstellung und Publikationen waren nicht auf die Mainzer Republik beschränkt; diese bildete jedoch erkennbar einen wichtigen Schwerpunkt.⁴²

Bemerkenswert an der Ausstellung und insbesondere an dem Handbuch ist die große Bandbreite der dort vertretenen Positionen. Neben anderen Nationen kamen hier Forscher aus beiden Teilen Deutschlands zu Wort. Zugleich ist die starke Beteiligung von Mainzer Historikern auffällig. Stadtarchivar Friedrich Schütz und Franz Dumont waren federführend für Ausstellung und Publikationen verantwortlich. Obwohl in der Ausstellung und den Begleitpu-

blikationen durchaus die Kritik Keims aufgenommen wurde, besaß das Thema immer noch erhebliches Konfliktpotenzial. Das wird nicht nur in den gegensätzlichen Bewertungen der Mainzer Republik durch die Autoren des Handbuchs, sondern auch durch die sehr unterschiedliche Rezeption des Ausstellungsprojekts deutlich, das vielfach positiv gewürdigt, jedoch sowohl von konservativer wie von linker Seite heftig kritisiert wurde.⁴³

Eine veritable Gegenveranstaltung war die „Jakobinerwoche“, organisiert vom Mainzer AStA im November 1981 für „alle Linken, die sich für die eigene, die Tradition der demokratischen Bewegung in Deutschland interessieren“.⁴⁴ Erneut bot der AStA Heinrich Scheel Gelegenheit zu einem Auftritt in Mainz, den dieser, obwohl er selbst mit einem Beitrag in dem begleitenden Handbuch vertreten war, zu einer Abrechnung mit der Mainzer Ausstellung und insbesondere mit den Interpretationen Dumonts nutzte.⁴⁵ Hier wird deutlich, dass trotz mancher Übereinstimmungen im Einzelnen die Positionen Scheels und der nichtmarxistischen westdeutschen Forschung aus ideologischen Gründen unvereinbar waren. Somit war auch die von konservativen Historikern perhorreszierte „unheilige Allianz“ west- und ostdeutscher Linker letztlich eine Chimäre.

Das 200-jährige Jubiläum der Mainzer Republik 1992/93 wurde in Mainz unter völlig veränderten Vorzeichen begangen. Zwar äußerte sich auch Heinrich Scheel erneut mit mehreren Beiträgen.⁴⁶ Der Zusammenbruch der DDR hatte jedoch marxistisch-leninistischen Positionen letztlich die Grundlage entzogen und damit die öffentliche Debatte grundlegend entschärft. Bei der Wahrnehmung der Mainzer Republik trat der Aspekt der Revolution deutlich zugunsten der Freiheit und der Demokratie bzw. Demokratisierung zurück. Damit waren die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass sich die Stadt

Mainz, aber auch das Land Rheinland-Pfalz, insbesondere der Landtag, die Mainzer Republik als „Erinnerungsort“ aneignen konnten.

Zum Jubiläum 1992/93 erschienen zahlreiche einschlägige größere oder kleinere Publikationen Mainzer Provenienz zu den Ereignissen von 1792/93, von denen hier nur einige erwähnt werden sollen: Neben der unter anderem um einen rezeptionsgeschichtlichen Teil ergänzten Neuauflage von Dumonts Dissertation⁴⁷ sind dies zunächst die Kataloge zu den Ausstellungen im Mainzer Rathaus⁴⁸ und im Landesmuseum, die den Fokus auf Teilaspekte legten: die Publizistik der Mainzer Jakobiner und ihrer Gegner bzw. die Belagerung von Mainz 1793. Bemerkenswerter sind aber die Aktivitäten des rheinland-pfälzischen Landtags, der nun als prominenter „Erinnerer“ auf den Plan trat. Schon in der 1990 erschienenen Publikation zum 250-jährigen Jubiläum des Deutschhauses nahm die Mainzer Republik eine prominente Rolle ein.⁴⁹ 1993 fand dann am 18. März, also dem Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung durch den Rheinisch-Deutschen Nationalkonvents, eine Festsitzung des rheinland-pfälzischen Landtags statt. Damit stellte sich dieser ausdrücklich in die Kontinuität des nun immer häufiger so bezeichneten ersten modernen deutschen Parlaments – ein Aspekt, der auch in der Rede des Landtagspräsidenten Christoph Grimm betont wurde.⁵⁰ Erhellend ist in diesem Zusammenhang die Jubiläumspublikation des Landtags, die neben zahlreichen Beiträgen zu den spezifischen Mainzer Bezügen etliche Aufsätze, zu ständischen Repräsentationen im Alten Reich, zu den reichsstädtischen Republiken sowie zu Demokratie und Parlamentarismus im deutschen Südwesten im 19. Jahrhundert enthält.⁵¹

Vorträge, Ausstellungen und dazugehörige Publikationen liegen sozusagen auf der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Geschichtskultur. Zeitgleich mit den Initiativen

Anton Maria Keims zur Aufwertung der Mainzer Republik durch die historische Forschung finden sich aber auch erste Ansätze zu ihrer Popularisierung bzw. zur künstlerischen Verarbeitung des Sujets. 1976 wurde im Mainzer Staatstheater das bereits 1975 im Hamburger Thalia Theater uraufgeführte Volksschauspiel „Die Gruschel von Mayntz“ gegeben, das die Ereignisse von 1792/93 aus der Perspektive der Wirtstochter Gruschel darstellt. Während die „Gruschel“ in Hamburg als „Komödienstadel“ verhöhnt worden war, wurde sie in Mainz begeistert aufgenommen.⁵² 1980 fand in Mainz dann die Uraufführung von Rolf Schneiders „Die Mainzer Republik“ statt; in diesem Stück stehen die führenden Mainzer Jakobiner mit Georg Forster im Zentrum.⁵³

Ebenfalls seit 1980 ist die Mainzer Republik an prominenter Stelle im Mainzer Stadtbild präsent: Damals schuf der Bildhauer Gernot Rumpf den Sockel der bereits 1975 errichteten Heunensäule (Abb. 10) auf dem Mainzer Marktplatz, der vier Kopfbedeckungen zeigt, die exemplarisch für vier Epochen der Mainzer Geschichte stehen. Dass die Jakobinermütze dabei die nur wenige Monate dauernde

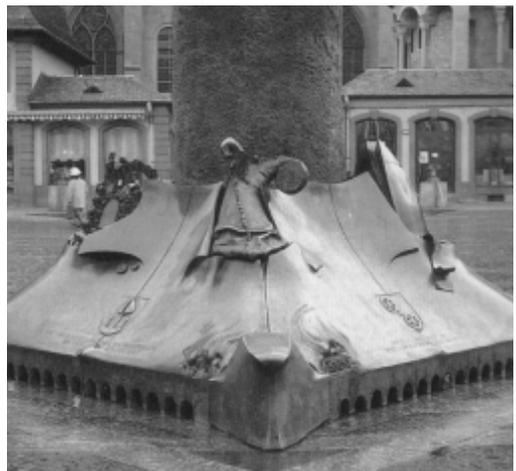


Abb. 10: Die Heunensäule auf dem Mainzer Marktplatz.

Epoche der Mainzer Republik repräsentiert, ist umso bemerkenswerter, als 1980, wie gezeigt, diese durchaus kein unumstrittener Mainzer Erinnerungsort war. Zudem erinnert eine Inschrift an die Errichtung des Mainzer Freiheitsbaums von 1793 an derselben Stelle.⁵⁴

Das wesentlich durch Anton Maria Keim forcierte Vordringen der Mainzer Republik in die öffentlichen Räume der Stadt setzte sich in den 1990er-Jahren fort. Im Anschluss an die Feierstunde im Landtag am 18. März 1993 fand vor dem Deutschhaus ein für die Öffentlichkeit geöffnetes Fest statt, bei dem Ereignisse von 1792/93 nachgespielt wurden und zeitgenössische Musik zur Aufführung kam.⁵⁵ Im selben Jahr wurde an dem an die Belagerung von 1793 erinnernden Finther „Hessendenkmal“ von 1858 eine Tafel angebracht, die die Mainzer Republik „als erste[n] Versuch [...], auf deutschem Boden ein demokratisches Gemeinwesen zu errichten“, würdigt. Damit wurde die ursprüngliche Erinnerungsintention geradezu auf den Kopf gestellt, denn als man das Hessendenkmal errichtet hatte, hatte es die Rolle der hessischen Truppen bei der „Befreiung“ von Mainz durch das Koalitionsheer im Sommer 1793 verherrlichen sollen.⁵⁶ 1994 erhielt dann auch Georg Forster anlässlich seines 200. Todestags ein kleines Denkmal in Form eines Bronzereliefs der Mainzer Bildhauerin Irmgard Biernath an einem der Professorenhäuser in der Neuen Universitätsstraße.⁵⁷

Seit den 1990er-Jahren ist die Mainzer Republik auf dem Weg zu einem offiziösen Erinnerungsort der Stadt Mainz und des Landes Rheinland-Pfalz. Sie wird im Rahmen von Stadtführungen vermarktet⁵⁸ und seit 2006 wird auf einer Infostele zur Geschichte des Deutschhauses an sie erinnert.⁵⁹ Wichtig für eine Verbreitung fundierten Wissens über die Mainzer Republik ist die von Helmut Klapheck und Franz Dumont vorgelegte Quellensammlung für den schuli-

schen Unterricht, die allerdings angesichts der Vernachlässigung durch zahlreiche Lehrbücher eine angemessene Berücksichtigung des Themas im Geschichtsunterricht nicht gewährleisten kann.⁶⁰ Auch die Johannes Gutenberg-Universität ist ein Akteur der Erinnerungspolitik an die Mainzer Republik geworden, wobei hier der erinnerungspolitisch vielfältig einsetzbare Weltreisende, Gelehrte und spätere Jakobiner Georg Forster eine prominente Rolle spielt. Nach einer Ausstellung in der Universitätsbibliothek anlässlich seines 200-jährigen Todestags 1994 wurde er 2007 im Rahmen der Vortragsreihe „Universität im Rathaus“ gewürdigt. 2013 wurde sogar ein neues Universitätsgebäude nach ihm benannt (Abb. 11).⁶¹

In der Spielzeit 2017/18 des Mainzer Staatstheaters waren ihm gleich zwei Produktionen gewidmet.⁶²

2013 erreichte die positive Rezeption der Mainzer Republik ihren vorläufigen Höhepunkt mit der Umbenennung des vor dem Rheinland-Pfälzischen Landtag gelegenen Teils des Deutschhausplatzes in „Platz der Mainzer Republik“. Erneut gingen maßgebliche Impulse von der Stadt- und Landespolitik aus. Schon 2004 wurde im Kontext der Feierlichkeiten zum 250. Geburtstag von Georg Forster durch die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags die Umbenennung in Erwägung gezogen, und 2009 griff der damalige Landtagspräsident Joachim Mertes eine entsprechende Initiative des Ortsbeirats Mainz-Altstadt mit Verve auf. Mertes wurde in den folgenden Jahren der wichtigste Vorkämpfer für eine Umbenennung. Ihm gelang es schließlich mit großer Einsatzbereitschaft und Beharrlichkeit, alle Widerstände zu überwinden, wobei sich bei den Gegnern der Umbenennung inhaltliche und administrative Argumente vermischten.⁶³ Am 13. Juni 2012 beschloss der Mainzer Stadtrat ohne Gegenstimmen und mit nur drei

Enthaltungen die Umbenennung, die dann am 220. Jahrestag, dem 18. März 2013, in Anwesenheit von Bundestagspräsident Norbert Lammert vollzogen wurde (Abb. 12). 2015 verlieh Landtagspräsident Mertes erstmals die Georg-Forster-Medaille für Verdienste um den Parlamentarismus.⁶⁴

Die Etablierung des „Platzes der Mainzer Republik“ stieß zwar auf viel Zustimmung, aber auch auf Ablehnung. Dafür steht beispielhaft der im Jahr 2015 erschienene Band „Die Mainzer Republik 1792/93, ein Ort der Demokratie und Freiheit? Betrachtungen eines engagierten Bürgers.“ des Juristen Heinz Brauburger.⁶⁵ Auch in einem in der Mainzer Kirchenzeitung „Glaube und Leben“ abgedruckten Interview sprach sich Brauburger unter Hinweis auf „Terror, Gewalt und Zwang“ seitens der „Clubisten“ erneut dezidiert gegen eine „Verherrlichung und Verharmlosung der ‚Mainzer Republik‘“ aus. Diese sei „keine Vorstufe der Demokratie, sondern ein in jeder Hinsicht gescheiter-

ter Versuch“ gewesen.⁶⁶ Die Opposition gegen und die negativen Reaktionen auf die Platzumbenennung verdeutlichen, dass die Mainzer Republik auch im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts noch kein unumstrittener Mainzer und rheinland-pfälzischer Erinnerungsort ist, sondern vielmehr, zum Teil gefördert durch familiäre Traditionen, für einen kirchlich-konservativ geprägten Teil der Bevölkerung ein ausgesprochen negativ besetzter Erinnerungsort bleibt.

Das ändert nichts daran, dass in der Mainzer Erinnerungskultur die differenziert positive Deutung der Mainzer Republik in den letzten vier Jahrzehnten eine hegemoniale Stellung erlangt hat. Ob sich der neue Mainzer Erinnerungsort behaupten und tatsächlich die für die Definition von François und Schulze wichtige generationenübergreifende Dauerhaftigkeit entwickeln wird, muss sich erst noch zeigen. Angesichts des erkennbaren Willens von politischen und gesellschaftlichen Eliten, diesen Erinnerungsort zu pflegen, spricht manches



Abb. 11: Forster-Haus auf dem Campus der Johannes Gutenberg-Universität.

dafür. Schwieriger zu beurteilen ist die Frage, inwieweit dieser Erinnerungsort tatsächlich schon von maßgeblichen Teilen der Mainzer Bevölkerung adaptiert worden ist oder noch adaptiert werden wird.

Fazit: Fünf Beobachtungen

1. Bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts wurde die Mainzer Republik von einer nationalistisch geprägten allgemeinen Geschichtswissenschaft weitgehend ignoriert. Das war dadurch begründet, dass die Jahre 1792/93 in der Mainzer Geschichte mit einer Reihe negativ besetzter Aspekte verknüpft wurden: von der „Französelei“ und dem „Verrat“ an der deutschen Nation, über die Revolution und den Umsturz der legitimen Ordnung bis hin zu den durch die Revolutionsanhänger ausgeführten Zwangsmaßnahmen. Nicht zuletzt war die Geschichte der Mainzer Revolu-

tionäre eine Geschichte von „Verlierern“ und schon von daher wenig attraktiv. Das, was für die allgemeine Geschichte gesagt wurde, gilt, womöglich in noch verstärktem Maße, für die Mainzer Lokalgeschichte und Erinnerungskultur. Infolgedessen bestand die Tendenz, die Mainzer Republik zu beschweigen oder, wenn man sich denn mit ihr beschäftigte, sich von ihr zu distanzieren.

2. Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts fielen die wichtigsten Hindernisse für eine positive Rezeption der Mainzer Republik weg: Durch die deutsch-französische Aussöhnung verloren die Mainzer Jakobiner den Ruch der Vaterlandsverräter, und in beiden deutschen Staaten bestand dem Anspruch nach eine demokratische Ordnung. Problematisch blieb der Aspekt der Revolution, der in der konservativ geprägten bundesrepublikanischen Geschichtswissenschaft seinen „Ludgeruch“



Abb. 12: Platz der Mainzer Republik mit Landtagsgebäude.

behielt. Das umso mehr, als die Interpretation der Ereignisse von 1792/93 als Revolution vor dem Hintergrund des Historischen Materialismus für die DDR-Historiografie zentral war und von ihr entsprechend herausgestellt wurde. Es gab zwar auch in Westdeutschland Forschungen zu den deutschen Jakobinern. Insgesamt dürften aber die Berührungspunkte westdeutscher Historiker durch die Begeisterung ihrer ostdeutschen Kollegen für dieses Thema noch gefördert worden sein. In der Mainzer Geschichtswissenschaft und Erinnerungskultur waren die Reserven gegenüber der Mainzer Republik besonders ausgeprägt. Eine Annäherung an dieses Sujet fand zunächst u. a. über die Persönlichkeiten bedeutender Jakobiner, nicht zuletzt Georg Forster, statt. Einen substanziellen Forschungsschritt markiert die 1978 abgeschlossene Dissertation von Franz Dumont.

3. Die Aufwertung der Mainzer Republik in der Mainzer Geschichtswissenschaft und Erinnerungskultur war dezidiert politisch gewollt und wurde vor allem von dem SPD-Politiker und Mainzer Kulturdezernenten Anton Maria Keim forciert. Diese „Einmischung“ seitens der Politik provozierte bei konservativen Mainzer Historikern deutliche Abwehrreaktionen. Zwischen 1976 und 1981 erreichte der Konflikt unter Beteiligung des führenden DDR-Jakobinerforschers Heinrich Scheel das Niveau eines mit großer Polemik geführten, auch emotional aufgeladenen Historikerstreits. Nach dem Ende der DDR verlor die Mainzer Republik als Gegenstand der historischen Forschung einiges von ihrem kontroversen Charakter. Nun konnte sich als Grundkonsens eine differenzierte Bewertung auf der Basis der Forschungsergebnisse Dumonts etablieren. Das schließt Kontroversen, etwa über ihren Stellenwert in der Geschichte der Demokratie in Deutschland, nicht aus, die jedoch nun in den vergleichsweise zivili-

sierten Formen eines wissenschaftlichen Diskurses ausgetragen werden.

Etwas anders verhält es sich mit der regionalen Geschichtskultur. Zwar wurde die Mainzer Republik in den letzten drei Jahrzehnten auf der Ebene von Stadt und Land(tag) als positiv besetzter Erinnerungsort etabliert, der in erster Linie in eine Geschichte der Demokratisierung eingeordnet wird. Das kontroverse Element der Revolution tritt demgegenüber zurück. Ein unumstrittener Erinnerungsort ist die Mainzer Republik allerdings nicht. Vielmehr vermag sie immer noch emotional aufgeladene Abwehrreaktionen hervorzurufen. Eine Sonderrolle in der Erinnerung an die Mainzer Republik nimmt Georg Forster ein, weniger weil er 1792/93 tatsächlich der wichtigste Akteur gewesen wäre, sondern weil er aufgrund seiner vielschichtigen Persönlichkeit und Biografie und der daraus resultierenden Bekanntheit schon zeitgenössisch, aber auch in der Erinnerung gleichsam als „Aushängeschild“⁶⁷ der Mainzer Republik diente und dient.

4. Die Rezeptionsgeschichte der Mainzer Republik im letzten halben Jahrhundert kann als ein Musterbeispiel für die Abhängigkeit der Konjunkturen historischer Forschung von den allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen gelten und zugleich für das komplexe Wechselspiel von historischer Forschung und Erinnerungskultur. Historikerinnen und Historiker werden in diesem Zusammenhang stets eine schwierige Gradwanderung zwischen wissenschaftlich gebotener Differenzierung und erforderlicher Reduktion von Komplexität zu bestehen haben. Im untersuchten Fall ist das alles in allem gut gelungen. Eine Herausforderung stellen jedoch nach wie vor die kaum auflösbaren inneren Spannungen der Mainzer Republik dar, nicht zuletzt ihre Ungleichzeitigkeiten. Denn

die eigentliche Gründung der ihrem Anspruch nach demokratischen Republik erfolgte ja zu einem Zeitpunkt, als die freiheitlich geprägte Phase der Ereignisse von 1792/93 vorbei war und sich längst ein „Zwang zur Freiheit“ etabliert hatte. Derartige Spannungen und Widersprüchlichkeiten sollten nicht bemäntelt, sondern offengelegt werden. Auf diese Weise können sie allzu eindimensionalen, glättenden Geschichtsbildern entgegenwirken und vielmehr zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit einladen.

5. Die Mainzer Republik kann heute, anders als vor einem halben Jahrhundert, als gut erforscht, aber keineswegs als „ausgeforscht“ gelten. Es sind längst noch nicht alle relevanten Aktenbestände ausgewertet, und nicht zuletzt die neue Kulturgeschichte bietet manche vielversprechenden Ansätze für eine weitergehende Erforschung.⁶⁸ Größere Aufmerksamkeit würden auch die von Dumont vernachlässigte vierte Phase der Republik – die Belagerungszeit – und das Schicksal der Mainzer Jakobiner nach dem Fall der Stadt verdienen.⁶⁹

1 Vgl. insbesondere Mathy 1968c; Scheel 1989, S. 295–335; Blisch/Bömelburg 1993; Dumont 1993b, S. 540–559, 655–659; Klapheck 1994b; Kißener 2012b, S. 138–149; Kasper 2013; Felder 2017.

2 Georg Forster, Darstellung der Revolution in Mainz, in: Georg Forster's sämtliche Schriften, Bd. 6: Kleine Schriften, Teil 3, hg. von Therese Forster, Leipzig 1843, S. 358–412.

3 Treitschke 1913, S. 129.

4 Diese Rolle hatte Treitschke für die Wittelsbacher mit ihrer „alten landesverrätherischen Gewohnheit“ reserviert. Ebd.

5 Bamberger 1861, S. 217–284. Vgl. Felder 2017, S. 44.

6 Klein 1863, S. 328. Vgl. Kißener 2012b, S. 144; Felder 2017, S. 44–46.

7 Kersten 1921, S. 67.

8 Vgl. Defrance 2005.

9 Der 1955 erstmals veröffentlichte Text wird hier zitiert nach der TB-Ausgabe Braubach 1987, S. 26.

10 Aretin 1980, S. 66. Wenn in der Bundesrepublik zu den deutschen Jakobinern publiziert wurde, waren die Autoren oftmals „Außenseiter“, wie der israelische Historiker Walter Grab. Vgl. z. B. ders. 1971; ders. 1984.

11 Vgl. im Überblick Schnettger 2007. Die Aufwertung des Reichs ging gerade bei den Mainzer Historikern mit einer besonderen Wertschätzung für den Mainzer Kurerzkanzler einher, dessen Herrschaft die Mainzer Revolutionäre von 1792/93 zuvorderst bekämpft hatten. Damit beseitigten sie zugleich die Mainzer Spielart der Aufklärung. Vgl. Weber 1984. Eine eher kritische Sicht auf die Mainzer Republik auch bei Blanning 1974.

12 Ferner mögen auch forschungsorganisatorische Gründe eine Rolle gespielt haben, denn die frühen 1790er-Jahre drohten sozusagen zwischen die Lehrstühle für Frühneuzeitliche Geschichte und für Neueste Geschichte zu fallen.

13 Scheel 1975; ders. 1981b. Vgl. zur Biografie Heinrich Scheels, der als Mitglied der sog. Roten Kapelle in der NS-Zeit im Widerstand war, Sabrow 2005 sowie das Gespräch mit Manfred Köhler in Mainzer Geschichtsblätter, H. 8/1993 (wie Anm. 1), S. 30–40.

14 Scheel 1989.

15 Ebd., S. 537.

16 Ebd., S. 333f.

17 In den 1960er-, 1970er- und 1980er-Jahren erschienen u. a.: Mathy 1967a; ders. 1968a; ders. 1968b; ders. 1972/73; ders. 1973; ders. 1986. Vgl. auch ders. 1968c und Felder 2017, S. 49f.

18 Vgl. auch Dumont 1993b, S. 490–492.

19 Ebd., S. 482f.

20 Ebd., S. 492.

21 Ders. 1983a, S. 146. Vgl. dagegen z. B. Keim 1993.

22 Dumont 1983a, S. 146

23 Ebd. 2013, S. 98. Für die Entwicklung der Positionen Dumonts ist erhellend, diese Thesen mit den (deutlich längeren) zwölf Thesen zum Abschluss der Dissertation zu vergleichen: Ders. 1993b, S. 482–495. Freilich ist bei dem Vergleich auch der unterschiedliche Charakter der Texte zu berücksichtigen.

24 Erwähnt sei, dass etwa gleichzeitig mit Dumonts Gesamtdarstellung eine weitere Monografie zur Mainzer Republik erschien: Tervooren 1982. Wie schon der Titel nahelegt, deutet Tervooren die Mainzer Ereignisse als Experiment einer bürgerlichen Revolution.

25 Demel 2005, S. 303f. Demel würdigt die Mainzer Republik als (wenn auch nicht erste) „moderne Republik auf deutschem Boden“ (ebd., S. 303), zeichnet aber v. a. die Geschichte eines Scheiterns.

26 Vgl. z. B. Schweigard 2000; Weber 2013. Durch die posthume Publikation der gesammelten Schriften von Helmut Mathy wurde auch sein

- gewichtiger Beitrag zur Erforschung der Mainzer Aufklärung erneut in den Fokus gerückt: Mathy 2012.
- 27 Vgl. z. B. Reichardt 1994. Erwähnt sei auch die Dissertation von Lomparski 1974.
- 28 Seibt 2017.
- 29 Dieser Abschnitt meines Beitrags verdankt zahlreiche Anregungen der Masterarbeit von Felder 2017.
- 30 François/Schulze, Einleitung 2009, S. 18.
- 31 Vgl. Schneider/Schnettger 2012.
- 32 Außer bei der Forsterstraße wurde nur beim Halbleplatz (Adolf-Hitler-Platz) nach 1945 die Umbenennung durch die Nationalsozialisten rückgängig gemacht. Vgl. Heuser 2008, S. 201, 602; Felder 2017, S. 54–56.
- 33 Der Ansatz der geborenen Mainzerin Anna Seghers, die 1944 in ihrem mexikanischen Exil in ihrem Essay „Freies Deutschland 1792“ in der Mainzer Republik einen Bezugspunkt für demokratische Bestrebungen in Deutschland erblickte, fand vorläufig in Mainz keine Resonanz. Vgl. ebd., S. 56f. Der Seghers-Essay ist ediert in: Bock 1971, S. 204–212; vgl. dazu neuerdings: Berkessel 2005, S. 121–130.
- 34 Hirth war ein Germanist und Romanist österreichisch-jüdischer Herkunft mit französischer Staatsangehörigkeit. Vgl. die Chronik des Instituts für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, <http://www.avl.uni-mainz.de/Dateien/Chronik.pdf> (09.12. 2018), S. 1.
- 35 Vgl. zu Keim: Wirth 1984; ders. 1996; Epstein 2003; Berkessel 2016b.
- 36 Keim 1967.
- 37 Gustav Heinemann, Aus der Ansprache von Bundespräsident Gustav Heinemann bei der Schaffermahlzeit im Bremer Rathaus am 13. Februar 1970. Zitiert nach: Dokumente der ZEIT, <http://www.zeit.de/1970/08/dokumente-der-zeit/komplettansicht> (13.12.2018). Vier Jahre später hatte Heinemann bei der Eröffnung der Rastatter Erinnerungsstätte dezidiert auch gefordert, „die deutschen Jakobiner“ in die deutsche Erinnerungskultur einzubeziehen. Heinemann 1974/2014, S. 2.
- 38 Vgl. zu ihm: Vogler 2015.
- 39 Im Übrigen sei diese durch die bundesdeutsche Forschung hinreichend erforscht. Weber 1981.
- 40 Scheel 1981a.
- 41 Vieles spricht dafür, dass die Äußerungen Webers in der Konfliktsituation polemischer ausfielen, als er sich sonst zu äußern pflegte. So verwendete er im universitären Unterricht durchaus die Editionen Scheels. Zudem war er ja immerhin der Betreuer der Dissertation Franz Dumonts zur Mainzer Republik. Vgl. zu der Kontroverse Felder 2017, S. 60f.
- 42 Dumont 1982.
- 43 Vgl. Felder 2017, S. 63f.
- 44 Ralph Göbel/Michael-Peter Wehrlein, Vorwort, in: Dies. (wie Anm. 39), S. 3–5, hier S. 5; Felder 2017, S. 64f.
- 45 Gekürzte Druckfassung des Vortrags: Scheel 1982.
- 46 Scheel 1993b, S. 121–128.
- 47 Dumont 1993b.
- 48 Behrens 1993.
- 49 Mathy 1993b. Darin zur Mainzer Republik: Dumont 1993a; ders. 1993e; Mathy 1993a. Bei der Eröffnung des Parlaments 1951 und auch in älteren Publikationen zum Deutschhaus war die Mainzer Republik entweder gar nicht erwähnt oder nur mit einer Nebenbemerkung gestreift worden. Vgl. Hexemer 2013, S. 116; auch Kißener 2012b.
- 50 Vgl. Kasper 2013, S. 112.
- 51 Scheel 1993b, S. 121–128.
- 52 Am 11. August 1976 sendete das ZDF sogar eine Aufzeichnung aus dem Mainzer Staatstheater. Der Spiegel 33/1976, Diese Woche im Fernsehen, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41170604.html> (25.01.2019). Das Stück wird bis heute gelegentlich in Rheinhessen aufgeführt. Vgl. Felder 2017, S. 61f.
- 53 Das Stück wurde von Franz Dumont differenziert-kritisch gewürdigt. Dumont 1981.
- 54 Dass die Inschrift die historischen Ereignisse verkürzt, indem sie von „dem“ Freiheitsbaum im Singular spricht, obwohl schon 1792 am Höfchen ein erster Freiheitsbaum errichtet worden war, und auch das Freiheitsfest von 1793 nicht erwähnt, dürfte dem Medium geschuldet sein. Ich sehe darin, anders als Kasper 2013, S. 109, keine bewusste Relativierung der Revolutionskultur.
- 55 Vgl. Hexemer 2013, S. 117.
- 56 Vgl. Felder 2017, S. 67.
- 57 1994 fand auch eine Forster-Ausstellung der Mainzer Universitätsbibliothek statt. Vgl. ebd., S. 71f.
- 58 In verschiedenen Stadtführungen zum französischen Mainz oder zu Georg Forster ist die Mainzer Republik schon seit längerem präsent. Vgl. ebd., S. 70f. Maximilian Felder gehört zu den Initiatoren der Stadtführung „Die Mainzer Republik. Revolutionsexport und Demokratieversuch“ die seit 2017 vom gemeinnützigen Verein „Geographie für Alle“ angeboten wird. Ich danke Herrn Felder für diesen Hinweis.
- 59 Hexemer 2013, S. 118.
- 60 Klapheck/Dumont 1994.
- 61 Vgl. Felder 2017, S. 73f.
- 62 Am 12. Oktober 2017 fand die Uraufführung von „FORSTERHUBERHEYNE“ von Rebekka de Wit und Willem de Wolf statt. Vgl. Franziska Schuster, Vor der Premiere: Im Stück „ForsterHuberHeyne“

- geht es um den Briefdialog zwischen Georg Forster und seiner Frau, https://www.allgemeinezeitung.de/freizeit/kunst-und-kultur/theater/vor-der-premiere-im-stuck-forsterhuberheyne-geht-es-um-den-briefdialog-zwischen-georg-forster-und-seiner-frau_18227249 (25.01. 2019). Am 17. Februar 2018 folgte die Premiere von Jan Neumanns „Drei Mal die Welt“ (als Koproduktion mit dem Weimarer Nationaltheater). Vgl. https://www.nationaltheater-weimar.de/de/index/spielplan/stuecke_schauspiel/stuecke_details.php?SID=1984 (25.01. 2019).
- 63 Ins Feld geführt wurde beispielsweise der durch eine Adressänderung entstehende Aufwand. Vgl. Hexemer 2013, S. 117–121.
- 64 <https://www.landtag.rlp.de/Startseite/broker.jsp?uMen=d00407b3-f671-3701-be59-2655c07caec2&uCon=182603f7-1531-3c41-fdde-91a2086d35f8&uTem=aaaaaaaa-aaaa-aaaa-bbbb-000000000003> (25.01.2019).
- 65 Brauburger 2015.
- 66 Zitiert nach <http://bistummainz.de/detailseite/mainzer-republik-nicht-verharmlosen/76a27883-97d6-4126-9b56-b08b63c123d2?mode=detail> (25.01.2019).
- 67 So Jürgen Goldstein in der Podiumsdiskussion im Rheinland-Pfälzischen Landtag am 23. Oktober 2017, vgl. die Dokumentation im zweiten Teil dieses Bandes.
- 68 Vgl. etwa Liermann 2017.
- 69 Vgl. hierzu den Beitrag von Sara Anil in diesem Band.

